

# Integration für EU-Bürger

Bei einer internationalen Konferenz in Wien diskutierten Experten über Ansätze und Projekte, wie zugewanderte EU-Bürger bei der Integration unterstützt werden können.

Das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten und sich niederzulassen, ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Trotz positiver Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bringt diese Freizügigkeit auch Herausforderungen mit sich.

Über Einladung von Staatssekretär Sebastian Kurz diskutierten über 130 Teilnehmer aus allen EU-Ländern und Gäste aus dem In- und Ausland am 7. und 8. Mai 2013 in der *Wirtschaftskammer Österreich (WKO)* über dieses Thema.

Cristian David, stellvertretender Minister für Auslandsrumänen, Rosário Farmhouse, Hohe Kommissarin für Immigration und interkulturellen Dialog in Portugal, und andere Fachleute nahmen an einem politischen Austausch teil, moderiert von Katarina Kratzmann, der Leiterin der Wiener Zweigstelle der *International Organization for Migration (IOM)*.

Keynote-Speaker Demetrios Papademetriou, Präsident des *Migration Policy Institute (MPI)*, stellte einen Vergleich zwischen den USA und Europa an und wagte einen Ausblick auf die Herausforderungen im Kampf um Schlüsselkräfte.

„Die Struktur der Zuwanderung nach Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert“, erläuterte Staatssekretär Kurz. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung sei in den frühen 1960er-Jahren bei nahezu null gelegen. Ab den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren sei dieser Anteil stark gestiegen. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU und mit der EU-Oster-



Konferenz „Zuwanderung und Integration“: Demetrios Papademetriou, Morten Kjaerum, Daria Krsticevic, Sebastian Kurz, Cristian David.

weiterung habe sich die Zuwanderung zunehmend verlagert, sodass 2012 bereits zwei Drittel der Zuwanderer aus einem anderen EU-Staat gekommen seien. „Unser Ziel ist es, dass alle in Österreich lebenden Menschen an der Gesellschaft teilnehmen – egal ob Sie in Wien, Rom, London oder Kiew geboren sind“, betonte Kurz.

Das Thema der Integration von EU-Bürgern gewinnt nicht nur in Österreich immer mehr an Bedeutung. Die meisten europäischen Länder stehen vor ähnlichen Herausforderungen und beziehen EU-Bürger vermehrt in ihre nationalen Integrationsstrategien ein.

Dies betrifft Herkunftsländer, vor allem die östlichen Mitgliedstaaten (sowie zunehmend Südeuropa), ebenso wie Zielländer in Mittel- und Nordeuropa. Besonders die Niederlande und Deutschland stehen angesichts der demografischen Veränderungen und den Anforderungen der Wirtschaft vor vergleichbaren Fragen wie Österreich.

So ist es kein Zufall, dass gerade diese beiden Länder das Thema der

Partizipation von EU-Bürgern bei einer Konferenz in Rotterdam im September 2012 auf die europäische Agenda brachten. In Wien kam es nunmehr zu einer vertiefenden Diskussion zu jenen drei Themengebieten, die sich in Rotterdam als zentrale Fragen entpuppten.

Zunächst stand die Frage nach der Etablierung einer Willkommenskultur im Zentrum der Aufmerksamkeit. Auch EU-Bürger müssten vom ersten Tag in ihrem neuen Aufnahmestaat Unterstützung erfahren. Nachdem EU-Bürger mithilfe von Projekten vielfach schwerer zu erreichen sind, sahen die Teil-

nehmer vor allem Unternehmen in der Verantwortung, um zugewanderten Arbeitnehmern eine Teilnahme an der Gesellschaft zu erleichtern.

Im dritten Themenkreis wurden Möglichkeiten erarbeitet, wie durch Verbesserungen im Bereich der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen eine optimale Integration in den Arbeitsmarkt sichergestellt werden kann. Trotz einiger EU-Richtlinien werden nach wie vor viele Personen mit Migrationshintergrund – auch EU-Bürger – unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

Die Konferenz machte deutlich, dass es für EU-Bürger ebenso differenzierter Angebote bedarf wie für Drittstaatsangehörige. Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen können diese Maßnahmen bei EU-Bürgern nur auf freiwilliger Basis stattfinden. Auch EU-Bürger brauchen Unterstützung, um in allen Lebensbereichen an der Gesellschaft im Aufnahmestaat teilhaben zu können. *Martin Kienl*